



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
<http://ageconsearch.umn.edu>
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Planck, U.: Der Beitrag einer rationalen Agrarpolitik zur Existenzsicherung der
Landwirtschaft. In: Schmitt, G.: Möglichkeiten und Grenzen der Agrarpolitik in der
EWG. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues
e.V., Band 6, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1969), S. 435-436.

Der Beitrag einer rationalen Agrarpolitik zur Existenzsicherung der Landwirtschaft

(Schriftlicher Diskussionsbeitrag)

VON ULRICH PLANCK

Ich habe auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus im Jahre 1963 die These vertreten, daß es gefährlich sei, Sozialpolitik mit Mitteln der Preispolitik zu betreiben. Ich wende mich heute genau so dagegen, Strukturpolitik mit Mitteln der Preispolitik zu machen, wie es von einigen Rednern dieser Tagung propagiert wurde. Ich bin der Auffassung, daß der Preis seine regulierende Funktion auf dem Markt nicht erfüllen kann, wenn er in den Dienst anderer Zielsetzungen, seien es nun soziale oder strukturpolitische, gestellt wird. Gerade die Preispolitik sollte marktkonform gestaltet werden. Gegen eine Verquickung von Preis- und Strukturpolitik spricht außerdem die Erfahrung, daß die Masse der landwirtschaftlichen Produzenten nur zögernd den theoretischen Modellen folgt. Die Annahme ökonomischen Verhaltens trifft nur bedingt zu.

Z. B. kann die von ALBERS vorgeschlagene Differenzierung des Milchpreises (niedrigerer Auszahlungspreis für die Milch der ersten beiden Kühe) zu fünfzähligen Verhaltensweisen führen: Die Halter kleiner Kuhbestände stocken entweder auf, um ebenfalls in den Genuß höherer Milchpreise zu kommen, oder versuchen durch Mehrproduktion den Einkommensausfall auszugleichen oder weichen in den privaten Milchverkauf aus oder senken, falls ihnen diese drei Alternativen versperrt sind, ihren Lebensstandard, oder geben die Kuhhaltung auf. Das letztere, mit der Preissenkung bezweckte Verhalten, dürfte kurzfristig gesehen eher die Ausnahme als die Regel darstellen. Denn wer heute noch zwei Kühe hält, hat das Milchgeld zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes dringend nötig. Ehe man derartige Vorschläge macht, sollte man untersuchen, welchen Personenkreis man damit eigentlich trifft. Es ist zu vermuten, daß sich die kleinen Kuhhalter vor allem aus Rentnern, Altenteilern und Angehörigen dörflicher Dienste und des ländlichen Handwerks zusammensetzen. Die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahme könnte daher zu einer Verelendung einkommensschwacher Kreise führen, ohne die Agrarstruktur zu verbessern. Dies würde jedoch im krassen Gegensatz zu der Forderung nach einer „sozialen Agrarpolitik“ (ABEL) und den Proklamationen des EWG-Vertrags („Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse“) stehen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich rede damit keineswegs der Strukturhaltung das Wort, sondern einer Agrarpolitik unter sozialen Vorzeichen. Das heißt z. B. Strukturänderung durch Einkommensverbesserung herbeizuführen und nicht durch Einkommensenkung. Oder auf das hier mehrfach zitierte „Schiller-Papier“ angewandt: Die Absicht, jährlich 14 000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten zu schaffen, ist „soziale“ Wirtschaftspolitik. Für viele Kleinlandwirte mit unzureichenden Erwerbsquellen kann eine solche Ankündigung einen Silberstreifen am Horizont ihrer sorgenvollen Zukunft bedeuten, während die Feststellung, es müßten weitere 1,6 Millionen Menschen aus der Landwirtschaft ausscheiden, sehr bedrückend für die Betroffenen sein muß.

Unter dem Aspekt einer sozialen Agrarpolitik möchte ich noch einen zweiten Gedanken ausführen. Offensichtlich fassen unsere EWG-Partner den Gemeinsamen Markt als Tummelplatz harten Wettbewerbs auf, während wir uns vor allem Gedanken

darüber machen, wie durch Preismanipulationen und Strukturmaßnahmen das Gespenst der Überproduktion vertrieben werden könnte. In einer Wettbewerbswirtschaft gilt jedoch das Prinzip, aus dem Markt an Absatz und Preisen herauszuholen, was immer auf legalem Wege herauszuholen ist. Die deutsche Landwirtschaft darf mit Fug und Recht erwarten, von den deutschen Agrarökonomen in diesem Bestreben nach Möglichkeit unterstützt zu werden, zumal sie an sich in einer verhältnismäßig schlechten Ausgangssituation ist.

Zu den Aufgaben der Makroökonomen gehört selbstverständlich eine sorgfältige, nüchterne Analyse der Grenzen des Absatzes. Dies ist im Übermaß auf dieser Tagung geschehen, so daß PLATE schließlich darauf hinweisen mußte, daß zwar ein kleiner, aber immerhin doch ein Absatzspielraum bestehe. Ich meine, solche Analysen seien nur der erste Schritt, dem unbedingt ein zweiter folgen müßte. Dieser bestünde darin, Scharfsinn und Phantasie aufzuwenden, um neue Marktchancen für die deutsche Landwirtschaft zu finden. Davon war leider wenig zu hören, um so mehr jedoch davon, daß von der deutschen Landwirtschaft Opfer gefordert werden müßten. Soweit diese Opfer genauer definiert wurden, betrafen sie in erster Linie die Kleinlandwirtschaft. Es wurde dabei unterstellt, die Kleinbetriebe würden durch ihr Ausscheiden aus der Produktion der Gesundung der verbleibenden Vollerwerbsbetriebe dienen. Solche Vorstellungen beweisen ein Denken im bisherigen nationalen Bezugssystem. Denn es ist keineswegs gewährleistet, daß derartige Strukturbereinigungen den deutschen Landwirten zugute kommen. Vielmehr ist zu befürchten, daß die aufgegebenen Marktanteile und Produktionskapazitäten unseren EWG-Partnern zufallen. Je mehr die deutsche Landwirtschaft an Terrain aufgibt, um so mehr werden unsere EWG-Partner ermutigt, zu expandieren. Bisher konnte eine Einschränkung der heimischen Produktion mit dem Hinweis auf die Interessen unserer exportorientierten Industrie begründet werden. Ein innerdeutsches Ausbalancieren von Industrie und Landwirtschaft im Sinne einer Maximierung des Volkseinkommens ist im gemeinsamen europäischen Markt nur noch bedingt möglich. Ich meine deshalb, wir müßten aus den Realitäten des Gemeinsamen Marktes die Konsequenzen ziehen. Eine davon ist für mich die Forderung nach einer offensiveren Marktpolitik und im Zusammenhang damit einer mutigeren Agrarpolitik überhaupt.